

Zum 60. Geburtstag von Willy Brandt : 18. Dezember 1973

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 12

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338736>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zum 60. Geburtstag von Willy Brandt

(18. Dezember 1973)

Die ganze Tradition der sozialistischen Bewegung würde gegen alles revoltieren, was den blossen Anschein hervorruft, es werde in ihr Personenkult betrieben oder auch nur geduldet. In ihrem Rahmen zählen nicht persönliche, sondern politische Verdienste, und die sind meist das Ergebnis kollektiver Aktionen, möglich gemacht nicht durch persönliche Spitzenleistungen, sondern durch den organisatorischen Zusammenschluss der Massen der arbeitenden Bevölkerung. Aber ist es richtig, die natürliche Abneigung gegen das Herausstreichen persönlicher Verdienste soweit zu treiben, dass wir vor ihnen bewusst die Augen schliessen und dann erstaunt aufblicken, wenn objektive Nichtsozialisten den Vorkämpfern der sozialistischen Bewegung Verdienste nachrühmen, die die Parteipresse (soweit es noch eine gibt) in falscher Bescheidenheit verschweigt? Um nur ein Beispiel von vielen zu erwähnen – es wäre nicht schwer, da eine ganze Liste aufzustellen –, wurde der Tod des im April 1973 84jährig verstorbenen belgischen Sozialisten *Henri Rolin* in der sozialistischen Presse kaum erwähnt. Aber Rolin war durch sein ganzes Leben mit der belgischen Sozialdemokratie verbunden und vertrat sie durch nicht weniger als 36 Jahre – bis 1968 – im Senat, dessen Vorsitzender er lange gewesen ist. Doch der Rechtslehrer und Völkerrechtsfachmann Rolin wirkte durch Jahrzehnte über sein eigenes kleines Land hinaus, dessen Regierung er wiederholt angehörte. Als belgischer Delegierter zur Friedenskonferenz 1919 war er einer der Architekten des Völkerbundes, in dessen Rahmen er Frieden und Demokratie verteidigte, so zum Beispiel 1923, als in einem frühen Ausbruch faschistischer Aggressivität Mussolini die griechische Insel Korfu überfiel und vom damals noch einsatzfähigen Völkerbund zum Rückzug gezwungen wurde. Rolin diente der Sache des Rechts und des sozialen Fortschritts ebenso in den Vereinten Nationen, als Richter am Internationalen Gerichtshof im Haag und schliesslich als Präsident des Europäischen Gerichtes für Menschenrechte in Strassburg. Und das alles sollte nicht wert sein, wenigstens vermerkt zu werden?

Aber nicht einem Toten die ihm gebührende Ehre zu erweisen, sondern den gar nicht leichten Versuch zu machen, in Kürze der Leistung eines Lebenden und im Mittelpunkt des Geschehens Stehenden gerecht zu werden, ist der Zweck dieser Zeilen. Gewiss, *Willy Brandt* kann sich über Mangel an Publizität nicht beklagen, denn es vergeht kaum ein Tag, an dem die Presse mehrerer Kontinente sich nicht mit ihm und seiner Tätigkeit beschäftigt. Aber die Zäsur seines 60. Geburtstages verpflichtet geradezu dazu, sich, frei von allem Heroenkult, um eine zusammenfassende Würdigung des ausserordentlichen Lebens einer ausserordentlichen Persönlich-

keit, des heute international bekanntesten Sozialdemokraten, zu bemühen.

Es wurde Herbert Frahm, der als uneheliches Kind am 18. Dezember 1913 in Lübeck geboren wurde und nie seinen Vater gekannt hat, wahrlich nicht an der Wiege gesungen, dass er einmal als Willy Brandt der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Regierungschef der Bundesrepublik und eine der wichtigsten Figuren in der Weltpolitik sein würde. Im Gegenteil, er musste sich lange gegen die Spiesservorurteile über «unebenbürtige» Herkunft und Namensänderungen und vor allem gegen die tiefsitzenden, einem Schuldkomplex entspringenden und weit über die Reihen der aktiven Unterstützer des Nationalsozialismus hinaus verbreiteten nationalistischen Abneigung gegen einen Emigranten durchsetzen, der als norwegischer Staatsbürger und in der Uniform eines norwegischen Offiziers in die Heimat zurückgekommen war, ehe er auch nur in der eigenen Partei eine Rolle übernehmen konnte. Wie immer man Adenauer als Menschen und als Politiker bewerten mag, muss man es als seiner unwürdig bezeichnen, dass er, um sich gegen einen lästigen Konkurrenten behaupten zu können, öffentlich Brandt wegen seiner «zweifelhaften» Herkunft herabzusetzen versucht hat.

Willy Brandt wurde in die SPD-Organisation seiner Heimatstadt hineingeboren und von seinem Grossvater, einem alten Sozialisten, in die Bewegung gebracht. Schon als vierzehnjähriger Gymnasiast war er Mitarbeiter des «Volksbote», des damals in Lübeck erscheinenden sozialdemokratischen Tagblattes, und Mitglied der sozialistischen Jugendorganisation. Durch seine journalistischen Arbeiten wurde der Chefredaktor des «Volksboten», der SPD-Abgeordnete Dr. Julius Leber (als Opfer des 20. Juli 1944 am 5. Januar 1945 hingerichtet), auf ihn aufmerksam und wurde sein väterlicher Freund und Berater. Um so schmerzlicher war es für Brandt, als es 1931 über die Auswirkungen der inzwischen beendeten Koalitionspolitik und die Tolerierungspolitik gegenüber dem rechtsgerichteten Brüning-Regime – die SPD glaubte, dadurch den Machtantritt Hitlers verhindern zu können – zur Parteispaltung kam und Brandt als junger Mensch den Weg der radikaleren Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) ging, während Leber der alten Partei die Treue hielt. Die damaligen Auseinandersetzungen sind längst vergessen und überwunden, und es wäre schwer, heute zu sagen, wer damals recht oder mehr recht gehabt hat als der andere. Aber es war natürlich tragisch, dass es zu solchen kaum je freundschaftlich ausgetragenen Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Bewegung in der Stunde der höchsten Bedrohung ihrer Existenz durch den deutschen Nationalsozialismus gekommen ist.

Kurz nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 ging Brandt in die Illegalität und nahm den Namen an, unter dem er von nun an wirken und bekannt werden sollte. Die SAP hielt eine illegale Konferenz in einem kleinen Restaurant in einer Vorstadt von Dresden ab, und Brandt war einer der Delegierten; andere konnten sich nicht einfinden, weil sie bereits

eingesperrt worden waren. Die Konferenz beschloss, einen Teil der Parteiarbeit ins Ausland zu verlegen und von dort Propagandamaterial nach Deutschland zu schaffen. Der Schriftsteller Paul Frölich, bekannt als Verfasser einer Rosa-Luxemburg-Biographie, wurde dazu bestimmt, diese Funktion in Oslo zu übernehmen, und Brandt, der von früheren Besuchen her Norwegen kannte, sollte die illegale Reise Frölichs in einem Fischerboot nach Dänemark organisieren. Aber Frölich wurde bei diesem Versuch verhaftet, und so entsandte man Brandt, der auch unter der Gefahr der Verhaftung stand, nach Oslo. Diesmal gelang die Flucht mit einem Fischerboot auf eine dänische Insel. Wenige Monate nach seiner Ankunft in Norwegen konnte er bereits seine erste öffentliche Rede in der Landessprache halten und seine Tätigkeit zwischen journalistischer und politischer Arbeit in der deutschen Emigration und ebensolcher Tätigkeit im Rahmen der norwegischen Partei und insbesondere ihrer Jugendbewegung teilen.

Die oberflächliche Geschichtsinterpretation erzählt immer wieder, dass der von Haus aus radikale Willy Brandt in der toleranteren und weniger ideologisch beschwerten skandinavischen Atmosphäre sozusagen «ein anderer Mensch» geworden wäre und den Radikalismus seiner Jugendjahre abgestreift hätte. Aber abgesehen davon, dass bei jungen Menschen Radikalismus eine ebenso natürliche Erscheinung ist wie bei älteren Menschen ein Hang zu mehr konservativen Anschauungen – und was wäre das für eine Jugend, die nicht von der Notwendigkeit überzeugt ist, die Welt aus den Angeln zu heben, und von ihrer Fähigkeit, das zu tun? –, war es gerade die besondere Ideologie, die in der SAP gepflegt wurde, die Ideologie einer mehr entschiedenen und die klassenmässigen Wurzeln der sozialistischen Politik mehr betonenden Haltung der SAP, die Brandt in Norwegen so bald heimisch werden liessen. Denn die norwegische Arbeiterpartei, die der 1923 gegründeten Sozialistischen Arbeiterinternationale erst nach langem Zögern beigetreten war, stand am Anfang der dreissiger Jahre noch auf dem linken Flügel der Internationale und hatte für die Einstellung der SAP mehr Verständnis als für die Taktik der offiziellen SPD. Das «Abrücken» Brandts vom Radikalismus, soweit es mehr als eine vollkommen natürliche Erscheinung war, datiert erst aus den Tagen des Zweiten Weltkrieges, als Brandt auf der Flucht aus Norwegen in Schweden ein Asyl fand. (Ganz allgemein wäre dazu zu sagen, dass die Bitterkeiten des Emigrantendaseins zum Teil durch die Tatsache aufgewogen werden, dass der unfreiwillige Aufenthalt in der Fremde den Gesichtskreis erweitert und Verständnis für Dinge erweckt, die den Zuhausegebliebenen unverständlich sind.)

Selbst wenn Brandt über den Kommunismus noch irgendwelche Illusionen gehabt hätte, hätte er sie 1937 überwunden, als er als Korrespondent der norwegischen sozialistischen Presse den spanischen Bürgerkrieg auf der republikanischen Seite miterlebte und sein Versuch, den von den

Kommunisten in Spanien entführten, gefolterten und schliesslich ermordeten Sohn des bekannten russischen Menschewisten Raphael Abramowitsch zu retten, scheiterte. Auch nach dem Zusammenbruch der spanischen Republik blieb Brandt seinen spanischen Gesinnungsgenossen treu und organisierte in Norwegen die Hilfe für die Opfer Francos. Hitlers Überfall auf Norwegen zwang ihn wieder in die Illegalität, und um der Verhaftung zu entgehen, zog er eine norwegische Uniform an und liess sich als Kriegsgefangener in ein Lager stecken, in dem seine wahre Identität verborgen blieb. Später gelang ihm die Flucht nach Schweden, wo er mit gleicher Hingabe im Rahmen der deutschen sozialistischen Emigration und der ins Exil geflüchteten norwegischen Arbeiterpartei wirkte. Es gelangen ihm sogar illegale Besuche in Norwegen, aber hauptsächlich war er journalistisch tätig und Verbindungsmann zu den in Deutschland wirkenden Illegalen, an deren Gewissensqualen, ob man sich gegen Hitler auch mit den Generälen verbünden könne, die ihm zur Macht verholfen hatten, er lebhaften Anteil nahm. Sein als Innenminister einer nachhitlerischen Regierung ausersehener ehemaliger Mentor Dr. Julius Leber liess ihn wissen, dass er in der damaligen Situation eine solche Zusammenarbeit bejahte, und Brandt stimmte ihm zu.

Das Kriegsende stellte Brandt vor ein schwieriges Dilemma. Hitler hatte ihn ausgebürgert; die norwegische sozialistische Regierung hatte ihn zum Bürger Norwegens gemacht, und er, der als noch nicht Zwanzigjähriger nach Norwegen gekommen war, hatte in diesem Lande feste Wurzeln geschlagen. (Seine erste Frau war eine Norwegerin; die 1940 geborene Tochter aus dieser Ehe lebt in Norwegen, und Brandts zweite Frau ist auch eine Norwegerin, deren drei Söhne aber schon in Berlin geboren wurden.) Hier ereignete sich der ganz seltene Fall, dass ein politischer Emigrant sich mit seinem Asylland zu identifizieren in der Lage war. Brandt fühlte seiner Wahlheimat gegenüber tiefe Dankbarkeit und Verbundenheit; es war sein Herzenswunsch, an dem Wiederaufbau Norwegens aktiv teilzunehmen, und es war der Wunsch der norwegischen Sozialisten, dass er sich in ihren Reihen zunächst als Diplomat und später als Politiker betätige. Hätte er sich für Norwegen entschieden, dann wäre er heute wahrscheinlich Regierungschef dieses ihm ans Herz gewachsenen Landes. Die aus Deutschland kommenden und sehr lockenden Angebote, zum Beispiel das Amt des Bürgermeisters seiner Geburtsstadt Lübeck zu übernehmen, schlug er zunächst aus. Sein erster Besuch in Nachkriegsdeutschland galt der Berichterstattung über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess für norwegische Zeitungen. Dann konnte Brandt als norwegischer Diplomat in der Funktion des Presseattachés bei der norwegischen Militärmission in Berlin zugleich Anwalt seiner Wahlheimat und Vermittler der Wünsche seiner deutschen Gesinnungsgenossen sein. Unter den Nachkriegsverhältnissen, als es keine zivilen Missionen gab, war die Übernahme einer solchen Funktion an die Annahme eines militärischen Ranges gebunden,

und auf diese Weise wurde Brandt Major in der norwegischen Armee. Die Flüsterpropaganda seiner politischen Gegner in der Bundesrepublik hat das natürlich später zu der Behauptung ausgenützt, er habe als norwegischer Offizier gegen sein erstes Heimatland gekämpft. An sich wäre es keine Schande, wenn ein Gegner Hitlers auf diese Weise zur Befreiung seines Volkes vom Faschismus beigetragen hätte, aber Brandt war kein Kombattant. (Seinem Vorgänger in der Funktion des SPD-Vorsitzenden, Erich Ollenhauer, hatte die neonazistische Propaganda nachgesagt, er habe als Offizier der britischen Luftwaffe gegen Deutschland gekämpft. Das war schon deswegen ein Unsinn, weil der 1901 geborene Ollenhauer für den Dienst in der Luftwaffe im Krieg viel zu alt war. Aber er hätte sich dessen nicht zu schämen gehabt und nicht geschämt, wenn es der Fall gewesen wäre.) Erst Ende 1947 durchhaute Brandt den gordischen Knoten, gab den norwegischen Staatsdienst auf (wenn auch nicht seine Verbundenheit mit Skandinavien im allgemeinen und Norwegen im besonderen), verzichtete auf seine norwegische Staatsbürgerschaft und nahm das Amt des Vertreters des damals in Hannover wirkenden SPD-Partei Vorstandes für Berlin an. Dem rückschauenden Betrachter, der den Kampf der Westberliner um ihre Freiheit mit Brandt identifiziert, mag es scheinen, als wäre er gleich von Anfang an der Führer der Berliner Sozialdemokraten gewesen. Das war aber keineswegs der Fall. Es war nicht leicht, sich unter den damaligen komplizierten Verhältnissen und noch dazu als Vertreter des Parteivorstandes, dem man in Berlin nicht in allen Punkten zustimmte, in der Berliner SPD durchzusetzen, und Brandt hatte durch viele Jahre auch innerparteiliche Hürden in Berlin zu überspringen. Obwohl Ernst Reuter, der damals die politische Szene in Berlin beherrschte und politisch mit Brandt weitgehend übereinstimmte, ihn in den Vordergrund zu schieben versuchte, wurde Brandt erst 1950 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (das mehr als eine blosse Stadtvertretung ist, weil Westberlin, wenn auch nicht Bestandteil der Bundesrepublik, doch den Charakter eines eigenen «Landes» hat) und 1954 Vorsitzender dieser Körperschaft. Die Berliner Sozialdemokraten waren der damaligen Politik der SPD in Bonn gegenüber kritisch eingestellt und legten auf die Verankerung der Bundesrepublik mit Westberlin in einer Gemeinschaft des Westens grösseren Wert als auf die grundsätzliche Opposition zu Adenauers Politik, die die SPD damals in Bonn betrieb, und Brandt war da, ohne eine offizielle Funktion in der Berliner Partei zu haben, ihrer Meinung, wenn er auch an Adenauer aussetzte, aus parteipolitischen Erwägungen (Berlin war immer nach dem Krieg fester Besitz der Sozialdemokraten) die volle Eingliederung von Westberlin in die Bundesrepublik nicht genügend energisch bei den westlichen Alliierten betrieben zu haben.

1957 wurde Brandt Regierender Bürgermeister von Berlin (der Titel soll ausdrücken, dass sein Träger nicht nur Stadtoberhaupt, sondern auch Regierungschef ist), und sein Kampf gegen die sowjetische Bedrohung

der Freiheit Westberlins, die mit dem Bau der Mauer quer durch Berlin 1961 ihren Gipfel gefunden hatte, hat ihm in den Reihen aller jener, die die Illusionen über die spielend leicht zu beseitigenden Konflikte zwischen West und Ost nicht aufgeben wollen, den Ruf eines «kalten Kriegers» eingetragen. Es ist ein wenig grotesk, wenn die gleichen englischen Sozialisten, die sich für «Linke» halten, weil sie die durch die Namen Stalin, Chruschtschew und Breschnew gekennzeichneten Gefahren für Demokratie und Sozialismus zu sehen sich weigern, Anfang der sechziger Jahre Brandt als Hindernis einer Einigung mit dem Osten bekämpften und ihm jetzt Lorbeerkränze winden für eine Politik, die gar nicht die seine ist, nämlich für eine Ostpolitik ohne feste Verankerung im NATO-Bündnis. In Wirklichkeit war Brandt auch als Bürgermeister von Berlin zwar ein entschiedener Kämpfer für Recht und Freiheit, aber auch ein Warner vor unüberlegten Aktionen, und zwischen seiner Taktik in Berlin und der heutigen Ostpolitik seiner Regierung besteht kein Widerspruch. Nur seinem persönlichen Einsatz war es 1956 nach der begreiflichen Erregung der Berliner über die sowjetische Invasion von Ungarn zu danken, dass ein Demonstrationszug aus Westberlin zur sowjetischen Botschaft in Ostberlin unterblieb, der unübersehbare Folgen hätte haben können.

Der beherrschenden Stellung, die Brandt schliesslich in der Berliner SPD einnahm, entsprach lange nicht seine Stellung in der Führung der Gesamtpartei. Erst 1958 war seine Kandidatur für einen Sitz im Parteivorstand erfolgreich. Im Wahlkampf 1961 stellte die Partei – der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer hatte Brandt in grosszügiger Weise den Vortritt gelassen – Brandt als Kanzlerkandidaten der Partei auf, und er wurde es wieder 1965, nachdem er nach Ollenhauers Tod 1963 auch das Amt des Parteivorsitzenden übernommen hatte.

Der Rest ist bekannt. Die dreijährige Funktion 1966–1969 als Aussenminister in einer schwierigen Koalition mit dem innerpolitischen Hauptgegner, der damals noch führenden CDU/CSU, die Tätigkeit als Bundeskanzler seit 1969 in einer politisch weniger schwierigen, aber als Hemmschuh für spezifisch sozialistische Reformen sich auswirkenden Koalition mit der FDP; die erfolgreichen, aber noch nicht völlig abgeschlossenen Versuche, gestützt auf das NATO-Bündnis und die volle Eingliederung der Bundesrepublik in die Europäischen Gemeinschaften, mit den kommunistisch regierten Staaten in ein erträgliches Verhältnis zu kommen und damit das Los der Opfer dieser Regime zu lindern. Höhepunkt dieser Tätigkeit waren der Kniefall Brandts vor dem Denkmal der ermordeten Juden in Warschau, der erste offizielle Besuch eines deutschen Regierungschefs in Israel und Brandts offizieller Besuch in Prag, der eine schwürende Wunde zum Verheilen brachte. Der Sozialdemokrat Willy Brandt, dessen antinazistische Gesinnung über jeden Zweifel erhaben ist, musste vor dem Denkmal in Warschau nicht niederknien, aber der Bundeskanzler aus Bonn, der das deutsche Volk repräsentierte, in dessen

Reihen nicht alle frei von Schuld sind, hat mit diesem Kniefall eine historische Tat gesetzt.

Brandt ist kein die Massen durch billige Rhetorik mitreissender Volksredner. Er appelliert eher an den Verstand als an das Gemüt und wirkt vor allem durch die Kraft und Gradlinigkeit seiner Persönlichkeit.

Man kann sich kaum vorstellen, dass dem jetzt sechzigjährigen Willy Brandt noch neue Funktionen zuwachsen können und neue Ehrungen zuteil werden. Er ist aus dem weltpolitischen Getriebe der Gegenwart nicht wegzudenken und ist als ruhender Pol in den Erscheinungen Flucht, soweit das ein einzelner Mensch sein kann, die stärkste Hoffnung für Frieden in Freiheit. Er ist Bundeskanzler nach menschlicher Voraussicht mindestens bis 1976; er ist seit zehn Jahren der auch in den Reihen der keineswegs an übertriebener Harmonie leidenden SPD unbestrittene führende Repräsentant der grössten demokratischen Partei des europäischen Festlandes. Er hat neben unzähligen Ehrendokortiteln den Friedens-Nobelpreis erhalten. Niemals zuvor hatte die SPD, die führende sozialdemokratische Partei des europäischen Kontinents, einen Mann an ihrer Spitze, dessen proletarischer Ursprung ihm die Herzen der Arbeiter erobert und dessen intellektuelle Universalität ihn zugleich weit über die Reihen der der sozialistischen Propaganda zugänglichen Schichten hinaus aktive Sympathien einbringt. Die Ausstrahlungskraft der Persönlichkeit Willy Brandts geht weit über die Grenzen des Landes hinaus, dessen Regierungschef er ist, und kommt dem demokratischen Sozialismus in allen Kontinenten zugute. So sehr wir jeder blinden Heldenverehrung abhold sind, grüssen wir unseren Genossen Willy Brandt als den heute wichtigsten, profiliertesten und wirkungssichersten Repräsentanten der Ideenwelt des demokratischen Sozialismus im Weltmassstab.

Heute brauchen wir keine selbstquälerische Angst vor einigen trübcholerischen Geistern zu haben, die uns Vergangenheit als Gegenwart auf-tischen wollen. Heute brauchen wir furchtlos aktives Engagement für den Bestand und die Erneuerung einer deutschen Demokratie.

Die Entscheidung für diese Demokratie werden wir nicht in fernen Ländern finden, sondern hier, vor der eigenen Tür, als Bürger unter Bürgern.

Willy Brandt in «Die neue Gesellschaft»
